

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT

861.5-red

~~Verb~~
meri, gute Notiz
emvertrauen
VERTRAULICH

Bern, 12.12.1991

Notiz**Gespräche mit den Generaldirektionen der Grossbanken betreffend
Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der 700-Jahrfeier**Geht an: Staatssekretär F. Blankart

Kopie an: jek, imb, jag, gjd, red

Hintergrund

1. Gestützt auf den BB vom 13.3.1991 und den Bundesratsantrag vom 4.12.1991 hat der Unterzeichnete am 10. und 11. Dezember 1991 mit den drei Grossbanken individuelle Gespräche über den Kauf der Ausstände dieser Banken gegenüber den ärmeren Entwicklungsländern geführt.
2. Bei diesen Gesprächen gingen wir von folgenden Ueberlegungen aus: Es war zu Beginn an offensichtlich, dass die bilateralen Entschuldungsmassnahmen in der Schweiz von den vier möglichen Entschuldungsmassnahmen die schwierigsten sein werden (d.h. im Vergleich zur Bezahlung der Ausstände gegenüber IMF/Weltbank, internationale Aktionen mit IDA (Bolivien etc.) und Aufkauf auf dem Sekundärmarkt in London und New York). Sodann erschien im Gegensatz zum Aufkauf der Selbstbehalte der Exporteure der Aufkauf der kommerziellen Bankenguthaben einfacher und zwar aus drei Gründen: diese Guthaben konzentrieren sich zu praktisch 90% auf nur drei Gläubiger (gegenüber über 50 bei den Selbsthalten der ERG); die Banken sind mit solchen Transaktionen vertraut, und schliesslich handelte es sich vor allem um Guthaben gegenüber einigen weniger schwierigen Ländern, weshalb angenommen werden konnte, dass die Banken interessiert sein dürften, diese Guthaben abzustossen.

Drei Vorgehensweisen standen zur Diskussion, wobei von Anfang feststand, dass über eine Gesamtgruppe von Ländern diskutiert und nicht länderweise vorgegangen werden sollte:

- I. Ermittlung der aktuellen Sekundärmarktpreise und darauf ein entsprechendes Angebot an die Banken.
- II. gleich wie (I.) aber mit einem Preisangebot etwas über dem aktuellen Sekundärmarktpreis als Paketzuschlag um mit grosser Sicherheit möglichst alle Guthaben abzukaufen.
- III. gleich wie (I.) aber mit einem zusätzlichen wesentlichen Diskont (Vorschlag: 50% des Sekundärmarktpreises), um wegen der begrenzten Aussagefähigkeit der Sekundärmarktpreise und deren hohen Fluktuationsraten die innenpolitische Diskussion - Bund

zahle zu viel, Bailing out der Banken - klar zu entwaffnen. Die Aktion wäre damit nicht mehr ein rein kommerzielles Geschäft zwischen Bund und Banken, sondern würde ein Geschenk der Banken im Rahmen der 700 Jahrfeier mitbeinhalten.

Aufgrund der Ausgangslage - Konzentration der Bankenausstände auf einige wenige schwierige Länder (Sudan, Nicaragua) erschien uns die letzte Variante als die vorteilhafteste Verhandlungsstrategie; bei dieser "Maximal"-Variante hatte der Bund kaum etwas zu verlieren, und falls die Banken nicht darauf eintreten würden, hätte man zumindest ihre Vorstellungen über den Verhandlungsrahmen gewonnen; zudem würde damit kein Präzedenzfall in bezug auf die späteren Verhandlungen über die Selbstbehalte der Exporteure geschaffen. Diese Ansicht wurde vom Bankenvertreter (Goetz, SKA) in der Nebiker Kommission geteilt.

Der Zeitpunkt der Gespräche (10. und 11. 1991) fanden wir günstig; zum einen treffen sich am 12.12.1991 die Generaldirektionen der drei Grossbanken zu ihrem halbjährlichen Grossbanken-Tag, an welchem sie unseren Vorschlag ausdiskutieren und sofort eine Stellungnahme abgeben können; sodann könnte bei einer schnellen Einigung die Aktion noch unter dem Bonus der 700-Jahrfeier (und dem relativ guten Geschäftsjahr 1991) laufen.

Zusammenfassung der Gespräche

3. SKA (Präsident der GD Jeker/Direktor Goetz): Verständnis für Argumentation und Vorgehen; SKA ist bereit, auf die von uns skizzierte Strategie einzugehen und diese mit den andern drei Banken zu besprechen; allerdings mit dem Vorbehalt, dass gewisse Länder, für welche die SKA Ausstände angegeben hat, ausgeklammert werden; bei letzteren handelt es sich um Länder (2), welche nicht zu den sogenannten Toronto Ländern gehören, zu denen die Bank laufende Geschäftsbeziehungen hat und für deren Schuldpapiere ein aktiver Sekundärmarkt besteht; sodann figurieren auf der von der SKA gemeldeten Guthabenliste Ausstände, welche entweder nicht (mehr) existieren (Sambia) bzw. gesicherte Handelskredite darstellen, welche auch nicht in eine Entschuldung eingebracht werden können (Tansania). Eine Gleichbehandlung aller Banken betreffend die Zinsausstände muss sichergestellt werden. (Anmrk: wir gehen im Moment davon aus, dass der Sekundärmarktpreis nur auf die ursprüngliche Forderung bezahlt wird und die verkaufende Bank auf alle Zinsansprüche verzichtet, es sei denn, diese Zinsen wären anlässlich einer Umschuldungsverhandlung kapitalisiert worden.). Bei einem positiven Ergebnis der Sitzung unter den drei Grossbanken vom 12.12.1991 wäre die SKA umgehend bereit, einen Vertrag mit dem Bund über den Abtritt der Forderungen zu unterzeichnen; die Generaldirektion kann diesen Entscheid anscheinend in eigener Kompetenz fällen.
4. SBG (Präsident der GD Studer/GD Janjori): Verständnis für unser Vorgehen, aber kein Eintreten auf unseren Vorschlag; SBG sei immer gegen Schuldenerlass der Banken (z.B. im Rahmen des Brady-Plans) sowie Entschuldungsmassnahmen des Bundes gewesen; passe überhaupt nicht in die Geschäftsphilosophie und Strategie der UBS; für SBG muss sich jede Bank individuell für eine von drei Verhaltensarten entscheiden: (a) Verkauf der Schuldtiteln zur Entlastung der Bankbilanz; dies kann zu einem Verkauf um jedem Preis führen; (b) Verkauf, weil betreffende Bank schlichtweg genug

hat und die Beziehungen zu einem Gläubiger aufgeben will oder (c) abwarten/stillhalten. Die SBG verfolgt die letztgenannte Strategie und will Ausstände zu den heutigen Sekundärmarktpreisen nicht veräussern. Sie verfügt über genügende Reserven, welche ihr einen äusserst flexiblen Handlungsspielraum geben; zudem hält sie mit allen Ländern, in denen sie noch Ausstände hat, Geschäftsbeziehungen aufrecht und macht dort laufend neue Geschäfte: Handelsfinanzierungen, Barter etc.; auf diese Art komme alles Geld mittel- bis langfristig irgendwie wieder zurück; die SBG ist überzeugt, dass ein Verkauf ihrer Ausstände - auch im Rahmen einer Aktion und Abtretung als Geschenk - diese Geschäftsbeziehungen belasten könnten und die Moral der Schuldner noch weiter schwächt. Die SBG sieht sich für viele ärmere Länder in der Rolle einer Art Zentralbank, welche noch flüssige Mittel zuschiesst, wenn alle anderen Banken schon längst die Schalter geschlossen haben; diese Strategie scheint sich mittelfristig bewährt bzw. ausbezahlt zu haben. Die SBG hebt auch hervor, dass andere schweizerische Grossbanken eine andere Strategie verfolgen und durchaus bereit sein dürften, auf unser Angebot einzutreten; in dieser Beziehung hat sie auch keine Vorbehalte, falls der Bund auf dem internationalen Markt Guthaben aufkauft. Alles in allem: eine Veräusserung von Guthaben mit oder ohne Geschenkelement widerspricht total dem SBG-Denken.

5. Gespräch beim SBV (GD Blum/Dir. Güdel): Die SBV hatte bereits in ihrem Schreiben Ende August 1991 darauf aufmerksam gemacht, dass sie uns gegenüber mit der Bekanntmachung des Volumens ihrer Guthaben gegenüber den ärmeren Entwicklungsländern noch keinen Vorentscheid über ihre Verkaufsbereitschaft gemacht habe. Zu Beginn kam das Gespräch diesbezüglich sofort auf Marokko, welches auf der SBV-Guthabenliste neben drei andern Ländern auch figurierte; dieses Land will die SBV auf jeden Fall nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt in eine Entschuldungsaktion einbringen; mit Marokko hat die Bank laufende Geschäftsbeziehungen und für die Schuldenpapiere dieses Landes besteht ein sehr liquider Sekundärmarkt. Allgemein wird bemerkt, dass die SBV von den Erwartungen ausgeht, dass die Sekundärmarktpreise in nächster Zeit insbesondere auch für Papiere ärmerer Länder anziehen werden, dass immer mehr Investoren und Traders in dieses Segment vorstossen, da hier auch die prozentual höchsten Gewinnmargen bestehen. Aufgrund dieser Erwartungen hat die SBV die uns genannten Länder bisher nicht veräussert (SBV hebt insbesondere positiver Trend und Preissteigerung bei Nicaragua hervor); hinzu kommt, dass die SBV als einzige Schweizer Bank vor einigen Monaten in New York und London eigentliche Drittweltländer-Schuldtitel-Trading-Abteilungen eingerichtet hat und damit auch selbst aktiv am Markt ist. Es würde nun erst recht gegen ihre Geschäftsphilosophie verstossen, wenn sie uns gegenüber ihre Papiere zum gegenwärtigen Sekundärmarktpreis oder sogar wie von uns vorgeschlagen zu einem noch tieferen Preis abtreten würde; damit würden ihre Traders an Glaubwürdigkeit verlieren und zudem würden diese auch einen Teil ihrer Instrumente verlieren. Am besten wäre allen gedient, wenn mit den Entschuldungsmitteln in der Schweiz nichts aufgekauft würde; damit hätte auch niemand ein politisches Problem; der SBV hat bei den Entschuldungsdiskussionen mit den Hilfswerken immer betont, dass auch der Sekundärmarktpreis nicht unbedingt ein fairer Preis sei, bzw. die Schweizer Banken diese Preise als tendenziell zu tief beurteilen; Sekundärmarktpreise sind nach Meinung der SBV vor allem beeinflusst von amerikanischen Banken, welche ihre Bilanzen verbessern mussten

und zu praktisch jedem Preis aus gewissen Märkten aussteigen. Die SBV wollte auch bestätigt haben, dass die Schweizer Banken nicht vom Bund unter Druck gesetzt werden, die Teilnahme und der Umfang der Teilnahme - d.h. dass z.B. bei gewissen Ländern allenfalls nur ein Teil abgetreten wird - freiwillig, sowie unser Preisvorschlag verhandelbar ist.

Zusammenfassung und Beurteilung der Ergebnisse

6. Nach den geführten Gesprächen erscheint uns die Lage nicht ganz hoffnungslos und ein gewisses Entgegenkommen könnte durchaus möglich sein. Einiges dürfte auch von der Stimmung an der Grossbanken-Sitzung abhängen.

Ohne die Antwort der drei Banken abwarten zu wollen, haben die Gespräche auf höchstem Niveau gezeigt, dass die drei Institute nicht über einen Leisten geschlagen werden können, die Geschäftsstrategie und Interessenlage bei jeder Bank eine andere ist und dementsprechend auch ihre Position gegenüber Entschuldungsmassnahmen.

Die SKA scheint bereit zu sein, ihr Engagement in ärmeren Problemländern abzustossen und hat deshalb eine relativ flexible Haltung gegenüber Entschuldungsmassnahmen eingenommen; aber sobald auch bei ihr Länder angesprochen werden, mit denen interessante Geschäftsbeziehungen bestehen (Philippinen), bricht die Verhandlungsbereitschaft ab.

Die SBG versteht sich seit langem gegenüber jenen ärmeren Entwicklungsländern, von denen sie Guthaben noch ausstehend hat, als eine Art "lender of last resort"; durch die darauf aufgebauten guten Geschäftsbeziehungen hat sie eine präferenzierte Stellung ähnlicher jener des IMF und kann durch die Abdeckung verschiedener kurzfristiger Finanzierungsgeschäfte, auf welche jedes Land immer angewiesen ist, auch ihre alten Ausstände indirekt zum Teil bedienen lassen.

Der SBV wiederum war bei den internationalen Schuldenverhandlungen die aktivste Schweizer Grossbank; sie konnte dadurch auch enorme Erfahrungen über den Handel mit Schuldtiteln gewinnen; diese Erfahrungen bringt sie nun in ihr neue Trading Abteilung ein; sie hat damit Interesse an einem liquiden Markt und will ihre eigenen Guthaben als Instrument auf diesem Markt einsetzen.

Auch wenn sich somit die Durchführung der Entschuldungsmassnahmen in der Schweiz als noch viel schwieriger erweisen als wir schon erwartet hatten, kann aus der Verhaltensweise der Banken u.E. etwas äusserst positives abgeleitet werden: unsere Banken handeln nicht nach dem Herdeninstinkt, welcher vielen Banken im Rahmen der Verschuldungskrise nachgesagt worden war; jede Bank hat ihre eigene Identität und verfolgt weitgehend eine eigene Strategie; auch in den schwierigsten und auswegloserscheinenden Situationen (z.B. Sudan und Nicaragua) finden die Banken Nischen und Spezialitäten, mit denen sie ihre komparativen Vorteile und Erfahrungen einsetzen.

Zu vermerken ist ferner, dass die Banken eine ausgesprochene 700-Jahrfeier Müdigkeit gezeigt haben und die PR Wirkung einer Entschuldungsaktion für sie hinunterspielen. Kein

Problem scheinen sie mit unserer Möglichkeit zu haben, dass wir Guthaben auf dem internationalen Markt aufkaufen; zum Teil erscheint ihnen dieser Weg sogar vorteilhafter, weil sie damit auch aus dem politischen Rampenlicht wären. In bezug auf den Rückkauf der Selbstbehalte der Exporteure im Rahmen von ERG-Ausstände anerkennen die Banken, dass diese Guthaben z.T. eine andere Qualität haben und dementsprechend auch ein anderer Preis (sprich höherer) vertretbar wäre .

Resultat der Sitzung der drei Grossbanken vom 12. Dezember 1991 und weiteres Vorgehen

Herrn Goetz (SKA) hat mich wie folgt über die Sitzung vom 12.12.1991 informiert, wobei er klargestellt hat, dass er dies nicht im Auftrag der drei Banken mache:

1. Die Banken haben volles Verständnis für unser vorgeschlagenes Vorgehen. Sie sind sich bewusst, dass der Bund sich am Sekundärmarkt orientieren muss und dass es schwierig ist, dort einen objektiven Preis festzulegen.
2. Die Banken sind an einer PR Aktion nicht interessiert. Schuldenerlasse sind grundsätzlich ein rotes Tuch, selbst zum Diskontpreis. Die Banken vertreten die Meinung, dass bereits ein Verkauf der Schulden zum Diskontpreis (d.h. Sekundärmarktwert) eine Geste darstellt. Eine Aktion mit einem Geschenkelement ist somit ausgeschlossen.
3. Bezüglich dem Verkauf von Schulden der Torontoländer an den Bund soll jede Bank frei und ohne Koordination mit den anderen Banken handeln.
4. Die Banken erwarten eine Offerte des Bundes und sind bereit, auf dieser Basis noch dieses Jahr bestimmte Schulden an den Bund zu verkaufen. Die Banken sind sich bewusst, dass ein solcher Schuldenkauf des Bundes sich nicht auf ein einziges Risikoland limitieren darf.

Falls sich diese Information bestätigen wird - woran ich nicht zweifle - werden wir noch heute eine Offerte ausarbeiten die folgende Elemente enthält:

- Die Länder und der Preis den wir zu zahlen bereit sind für Schulden;
- die Bedingungen für eine schweizerische Entschuldungsaktion: (i) minimales Volumen, (ii) minimale Steuerung der Länder.

Unsere Offerte wird auch klar darlegen, dass dies eine nicht wiederholbare Offerte ist und dass Fonds, die nach dieser Übung übrigbleiben, für den Aufkauf von Schulden am Sekundärmarkt in den internationalen Finanzzentren gebraucht werden.



N. Imboden